



Feministische Gedanken zum aktuellen Diskurs rund um Leihmutterschaft & Jens Spahn

Jens Spahn muss zurücktreten – nicht, weil er Milliarden an Steuergeldern für dubiose Maskendeals in den Wind geschossen hat, nachweislich Teil eines Netzwerks um den Tech-Neofaschisten Peter Thiel ist oder weil er immer wieder in private und Regierungsgeschäfte verwickelt war, bei denen er und Firmen in seinem Heimatort außerordentlich profitiert haben. In anderen Teilen der Welt würde man wohl von Korruption sprechen. Gut, dass es so etwas in der BRD nicht gibt.

Nein, laut Medienberichten muss Jens Spahn wegen „fehlender Integrität“ zurücktreten. Verbunden ist dies mit seiner Pressemitteilung darüber, dass er und sein Mann mithilfe einer Leihmutter in den USA Eltern geworden seien. Der Skandal danach war groß: Schließlich hielt er als CDU-Politiker an der Illegalität der Leihmutterschaft in der BRD fest. Was viele in der Debatte nun stört, ist also nicht, dass ein rechtskonservativer Politiker mit zumindest fragwürdigem Frauenbild (so gab er Frauen etwa den Ratschlag mit auf den Weg, dass sie die Antibabypille doch nicht „wie Smarties“ benutzen sollten) einen Frauenkörper auf Zeit für sein Familienglück mietete, sondern nur, dass er dieses „Privileg“ nicht allen Menschen ermöglichen möchte.

Für uns ist der Skandal nicht, dass Politiker für sich andere Privilegien in Anspruch nehmen als für die Menschen, die sie regieren. Wenn sie sagen, dass „wir alle jetzt den Gürtel etwas enger schnallen müssen“, meinen sie ja auch keine Kürzung der Diäten im Bundestag oder die Einführung einer Vermögensteuer.

Wir wollen dies zum Anlass nehmen, uns kritisch mit dem Konzept der Leihmutterschaft auseinanderzusetzen.

Leihmutterschaft. Während ein Teil des Wortes („Leih-“) ziemlich gut zusammenfasst, worum es sich handelt, verschleiert „-mutterschaft“ das, worum es wirklich geht. Denn ja, eine Frau „verleiht“ ihren Körper für eine bestimmte Zeit, damit ein Embryo darin heranwachsen kann. Und nein, mit „Mutterschaft“ im sozialen Sinne hat das nichts zu tun.

Bei der kommerziellen Leihmutterschaft gibt es Vertragspartnerinnen: die Frau, die ihren Körper zur Verfügung stellt, und das Paar oder die Einzelperson, die sich durch diese Frau ihren Kinderwunsch erfüllen wollen. Oft wird noch eine Agentur zwischengeschaltet, die – beauftragt von den „Kinderempfängerinnen“ – die rechtlichen Rahmenbedingungen regelt. Während diese Form der Ausbeutung weiblicher Körper in Deutschland verboten ist, boomt der Markt in anderen Ländern, etwa in den USA, der Ukraine oder Georgien.

Die Auftraggeber müssen, um ihr Wunschkind in Auftrag geben zu können, über genügend finanzielle Mittel verfügen. In den USA kann das „Wunschbaby“ schnell mehrere Hunderttausend Euro kosten. Die Vergütung für die Leihmutter macht dabei höchstens ein Viertel des Gesamtbetrags aus. Der Rest deckt die juristischen Kosten, die Agenturgebühren und die medizinische Versorgung.

Auf der einen Seite steht also in der Regel ein wohlhabendes Paar mit Kinderwunsch, auf der anderen eine Frau, die ihren Körper vermietet. Die eine Seite beauftragt eine Agentur und damit zugleich eine ganze Riege an Anwäl*innen, die in ihrem Sinne einen Vertrag aufsetzen. Die andere Seite stellt ihren Körper zur Verfügung und verpflichtet sich, die Konditionen des Vertrags anzunehmen; andernfalls drohen immense Vertragsstrafen. Sie möchte das Kind doch nicht abgeben? Vertragsstrafe. Sie hält nicht alle medizinischen Vorgaben ein? Vertragsstrafe. Sie veröffentlicht Informationen über die „Babykäufer“? Vertragsstrafe. Körperliche Beschwerden, die bei einer Schwangerschaft ganz natürlich auftreten, hat sie allein zu tragen.

Auf der anderen Seite stehen Frauen, die in der Leihmutterschaft die Möglichkeit sehen, vorübergehend eine Krankenversicherung und eine finanzielle Entlohnung zu erhalten – eine Entlohnung, die für die „Vertragspartner“ noch nicht einmal ansatzweise dem Jahreseinkommen entsprechen dürfte. Wie freiwillig diese Entscheidung ist, wenn der Zwang besteht, den eigenen Lebensunterhalt und die Wohnkosten bestreiten zu müssen, sei dahingestellt.

Eine individuelle Entscheidung kann formal freiwillig sein und gleichzeitig unter Bedingungen getroffen werden, die gesellschaftlich nicht frei gewählt sind. Feministische Kritik fragt deshalb nicht nur danach, ob eine Frau zustimmt, sondern unter welchen Bedingungen diese Zustimmung entsteht.

Was also mit blumigen Begriffen wie „Wunschfamilie“ verschleiert wird, ist ein knallhartes Geschäft. Die Produktion eines Babys wird in verschiedene Schritte aufgeteilt: die häufig mittels In-vitro-Fertilisation erfolgende Befruchtung, anschließend die Einnistung des Embryos in einen gemieteten Körper und schließlich die Übergabe an die Babykäufer. Man kann also durchaus von legalem Menschenhandel sprechen.

Am Beispiel der Leihmutterschaft wird deutlich, wie die menschliche Reproduktion in einem kapitalistischen System in verschiedene Produktionsprozesse aufgeteilt wird und wie dadurch Entfremdung und Profitorientierung auch in diesem Lebensbereich Einzug halten. Welche emotionalen Auswirkungen dieses Geschäft hat, wird versucht zu verschleiern.

Die Agenturen, die involvierten Juristen und die spezialisierten Kliniken profitieren von diesem Geschäft. Die Frauen hingegen dürfen, nachdem das Geld aus der vorherigen Austragung eines Kindes für ihren Lebensunterhalt aufgebraucht ist, „entscheiden“, ob sie ihren Körper für das nächste „Wunschbaby“ zur Verfügung stellen.

Zeitlich begrenzter Zugriff auf den weiblichen Körper. Materiell besser gestellte Käufer, die aus einer Auswahl an Frauen die für sie passende auswählen können. Die moralische Annahme, ein Anrecht auf die Erfüllung eigener Bedürfnisse – etwa eines Kinderwunsches oder sexueller Wünsche – zu haben. Liberal-feministische Diskurse, denen zufolge es sich um feministische Selbstbestimmung handele, wenn Frauen aus patriarchaler Unterdrückung Geld machen. Die Überführung von Reproduktion und Sexualität in marktförmige Warenbeziehungen.

Die Diskurse und auch die Fakten rund um die Leihmutterschaft ähneln denen der Prostitution. Auch wenn es entscheidende Unterschiede gibt – etwa dadurch, dass Prostitution häufig in einem prekäreren Umfeld stattfindet und der „Sexkaufvertrag“ nicht so detailliert geregelt ist wie der Babykaufvertrag –, handelt es sich auch hier um eine staatlich geregelte und gesellschaftlich legitimierte Form der Ausbeutung von Frauen(körpern). Der Vergleich bedeutet nicht, dass Schwangerschaft und Sexualität identische Erfahrungen wären. Er verweist vielmehr auf ein gemeinsames strukturelles Moment: die ökonomische Verwertung weiblicher Körper unter ungleichen sozialen Bedingungen.

Und ein Feminismus, der die Machtverhältnisse rund um diese Form des Menschenhandels ausklammert, hat dem nichts entgegenzusetzen, sondern macht sich zum moralischen Handlanger von Zuhältern, Freiern, Babykäufern, Bordellbesitzern, Leihmutterschaftsagenturen und deren Jurist*innen. Ein solcher Feminismus riskiert, bestehende Machtverhältnisse zu legitimieren, indem er individuelle Wahlfreiheit höher bewertet als die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen diese Entscheidungen getroffen werden.

Auch hier müssen wir uns Fragen stellen: *Warum sind es meistens die Frauen mit den geringsten Möglichkeiten, in der kapitalistischen Konkurrenz zu bestehen, die sich dafür entscheiden, ihren Körper zu verkaufen? Warum hören wir nie von den Töchtern der oberen ein Prozent, dass sie Leihmütter geworden sind, sondern nur davon, dass sie auf diesem Wege zur Welt gekommen sind? Welche Machtverhältnisse bestehen, wenn die einen sich Topjurist*innen leisten können und die Frauen mittellos dastehen? Wollen wir bestehende patriarchale Verhältnisse stabilisieren und Männer davon profitieren lassen, indem wir die warenförmige Ausbeutung von Frauen(körpern) legalisieren?*

Es ist kein Fehler im System; dass Frauen(Körper) zur Ware werden, sondern eine logische Konsequenz. Deshalb: Kapitalismus und Patriarchat überwinden! Die Frauenbefreiung wird sozialistisch sein!